

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

**Erscheint**  
wöchentlich dreimal u. zwar Dienstags, Donnerstag und Sonnabends.  
Bezugspreis viertelj. 1 Mk. 30 Pf.,  
durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf.  
Einzelne Nummern 10 Pf.

**Inserate**  
werden Montags, Mittwochs und  
Freitags bis spätestens Mittags  
12 Uhr angenommen.  
Inserationspreis 10 Pf. pro dreige-  
spaltene Corpusspalte.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Zittau & N. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger do. selbst

No. 114.

Sonnabend, den 22. Dezember

1894.

### Generalversammlung des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff.

Zu der am

Freitag, den 28. Dezember dieses Jahres, Nachmittags 3 Uhr,

im Saale des Hotels zum weißen Adler hier abgehalten werdenden Generalversammlung des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff werden die Herren Ausschussmitglieder ergebenst eingeladen.

#### Tagesordnung:

- 1., Mittheilung über den Stand der Verbandskassen,
  - 2., Vergleich über die Erledigung der Erinnerungen gegen die 1893er Rechnungen und Richtigsprechung derselben,
  - 3., Allgemeine Verbandsangelegenheiten.
- Wilsdruff, am 20. Dezember 1894.

Der Vorstand des Krankenkassenverbandes im Amtsgerichtsbezirke Wilsdruff.  
Sicker, Brgmstr., Vorsitzender.

#### Tagesgeschichte.

Berlin, 20. Dezember. Der König und Prinz Georg von Sachsen sind um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Nachmittags eingetroffen; sie wurden vom Kaiser am Bahnhof erwartet und begaben sich in das hiesige Schloss zur Frühstückstafel. Nachmittags 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr begaben sich der Kaiser, der König von Sachsen, Prinz Georg und der Herzog von Sachsen-Altenburg zur Jagd nach Wusterhausen. — Der Bundesrath überwiegt in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend die anderweitige Ordnung der Finanzen des Reiches, sowie die Vorlage betreffend den Entwurf eines Tabaksteuergesetzes den zuständigen Ausschüssen und beschloß, dem Reichstagsbeschlusse betreffend die Vorlegung eines Entwurfes eines Heimstättengesetzes zur Zeit keine Folge zu geben. Der Reichstag ist in seine Weihnachtsferien gegangen, ohne daß es vorher zu einer erstmaligen wirklichen Erörterung der „Umsturz-Vorlage“ seitens des Parlamentes gekommen wäre, es wird dies vielmehr erst mit dem Beginne des am 8. Januar anhebenden nachweihnachtlichen Sessionsabschnittes geschehen. Trotzdem dauern in einem Theile der Tagespresse die Betrachtungen über die mutmaßlichen parlamentarischen Aussichten der Vorlage fort, wobei speziell die Frage der Stellungnahme des Centrums zu dem Gesetzentwurf wider die Umsturzbestrebungen erörtert wird. Aus einem Artikel des in München erscheinenden Centrumsblattes „Der Westfale“, der sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt, ist nun mehrfach der Schluss gezogen worden, daß das Centrum der „Umsturz-Vorlage“ im Allgemeinen wohlwollend gegenüberstehe. Speziell hatte man hierbei auf die Mittheilung des genannten Blattes Bezug genommen, wonach die preussischen Bischöfe gelegentlich ihrer letzten Konferenz in Fulda eine Eingabe an den damaligen Reichskanzler Grafen Caprivi betreffend einer schärferen Bekämpfung der Umsturzbestrebungen haben gelangen lassen. Eines der führenden Organe der Centrumpresse, die „Köln. Volksztg.“ macht indessen zu letzterem Punkte die einschränkende Bemerkung, daß in der erwähnten Eingabe von der jetzigen „Umsturz-Vorlage“ natürlich keine Rede sei. Im Uebrigen läßt die „K. V.“ durchblicken, daß das Centrum die Vorlage einer sachlichen und gründlichen Prüfung zu unterziehen gedenkt und jedenfalls dem vorliegenden Regierungsentwurfe nicht allenthalben zustimmen wird.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zu der die „Umsturz-Vorlage“ begründenden Reichstagsrede des Staatssekretärs Niederding, dieselbe habe den künftigen Beweis erbracht, daß der Hintergrund der Aktion der verbündeten Regierungen gegen die mit dem Staatswohl unvereinbaren verbrecherischen Ausschreitungen ein sehr ernster sei! Wohin das offizielle Blatt mit dieser offensiblen Drohung zielt, dürfte ziemlich klar sein, es wird dem Reichstags die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung angedeutet, falls er den Plänen der verbündeten Regierungen zur Bekämpfung der Umsturzbestrebungen nicht zustimmen sollte. Nun, vorläufig gilt auch hier das Sprichwort, daß nichts so heiß gegessen wird, als es gekocht wird, die Regierung wird schon mit sich reden lassen, wenn der Reichstag in den Einzelheiten des Gesetzes gegen den „Umsturz“ Schwierigkeiten machen sollte. Denn es ist nichts weniger als sicher, daß etwaige Neuwahlen mit einem Male eine zuverlässige Mehrheit im Reichstags zu Gunsten der Regierungsoptionen in dieser Frage ergeben würden, auch wird der Reichstagsler Fürst Hohenlohe als gewiegter Staatsmann und Politiker selber wohl gut genug wissen, was es bedeutet, in solchen ungewissen Fällen Alles auf die eine Karte einer Parlamentsauflösung zu legen.

Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß der Entschluß, die Disziplin arbeitsgüsse des Reichstagspräsidenten zu fällen, erst eine Folge des staatsanwaltlichen Antrages auf Strafverfolgung des Abgeordneten Liebknecht gewesen, die Annahme des nationalliberalen Antrages also lediglich als ein

moralische Erfolg der Regierung zu betrachten sei. Der „Gann. Korr.“ bezeichnet dies als thatsächlich nicht richtig. Es haben zwischen dem Präsidenten v. Levetzow und den Parteiführern Verhandlungen über eine Verschärfung der Geschäftsordnung stattgefunden, ehe irgend etwas von der Absicht des Staatsanwaltes, gegen Liebknecht vorzugehen, bekannt war. Der Versuch einer lehrbühlichen Einmischung konnte schließlich nur dazu beitragen, eine Einigung in dem angeregten Sinne zu erschweren. Auch in dieser Beziehung war das Vorgehen ein taktischer Fehler.

Wenn die Sozialdemokraten die erste sich bietende Gelegenheit wahrnahmen, um die Verhandlung über die Umsturzvorlage unmöglich zu machen, so haben sie zwar nur von einem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch gemacht, aber die anderen Parteien werden es sich doch merken müssen, daß die Sozialdemokraten fortan von den Rechten der Minderheit einen terroristischen Gebrauch zu machen entschlossen sind. Um so unverzeihlicher würde es daher sein, wenn Mitglieder anderer Parteien sich künftig noch weiterer Verfassungsverstöße schuldig machen würden. Nur wenn die Glieder der staatsbehaltenden Gruppen ihre Pflicht vollkommen erfüllen, wird es ihnen möglich sein, dem sozialdemokratischen Terrorismus zu begegnen. Aber auch die Regierung wird aus den Vorgängen dieses zwölftägigen Sessionsabschnittes eine heilsame Lehre ziehen können. Angesichts der Thronrede und der sogenannten Umsturzvorlage mit ihrer Begründung, in welcher wohl von dem Anarchismus, aber nicht von der Sozialdemokratie die Rede ist, hatte man die Empfindung, daß die eigentlich ins Gewicht fallende sozialrevolutionäre Partei noch immer allzu sehr mit Sammelhandschuh angefaßt wurde. Diese Empfindung wurde freilich beseitigt durch den Versuch eines strafrechtlichen Vorgehens gegen den Abgeordneten Liebknecht wegen der staatsfeindlichen Demonstration am 6. Dezember, und insofern hat dieses Vorgehen immerhin sein Gutes gehabt. Dadurch, daß die Sache im Plenum des Reichstages mittels der mit großer Mehrheit angenommenen nationalliberalen Resolution in die Bahn der Verschärfung der Disziplinargewalt des Reichstages geleitet wurde, ist eine Wendung eingetreten, welche zum ersten Male durch das Zusammengehen der alten Kartellparteien mit dem Centrum eine Majorität in der Erscheinung treten ließ, die man vielleicht, ohne sich eines unberechtigten Optimismus schuldig zu machen, als Vorbildlich für die weitere Bekämpfung der Umsturzbestrebungen betrachten darf. Es ist ein entscheidender Gewinn dieses kurzen parlamentarischen Beisammenseins, daß in den genannten Parteien ziemlich allgemein die Nothwendigkeit einer zeitweiligen Beiseitesetzung der alten Streitpunkte zur Anerkennung gelangt ist, um das, was ihnen allen gemeinsam ist, gegen die Revolution sicherzustellen. Wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, verbietet es sicherlich zum mindesten den Versuch, zu sehen, wie weit man auf diesem Wege kommen kann. Das meiste wird indeß dabei von dem Verhalten der Regierung abhängen. Noch beim Beginn des Reichstages ist hier und da behauptet worden, daß die Regierung der ganzen Umsturzfrage wenig Bedeutung beilege. Heute wird ein solcher Nachsicht schwerlich noch aufkommen. Es wird aber nothwendig sein, daß die Regierung mit aller Energie den festen Entschluß bekundet, unter keinen Umständen dem revolutionären Treiben weiter ruhig zusehen zu wollen. Alsdann besteht die Aussicht, daß auch das Parlament seine Schuldigkeit thun wird.

Berlin. Der „Bierkrieg“ wird mit frischen Kräften fortgesetzt. Wie der „Tägl. Rundschau“ berichtet wird, haben die sogenannten Ring-Brauereien beschlossen, zur weiteren Unterstützung der kleineren, weniger kapitalkräftigen Brauereien einen Kredit bis zu einer Million Mark zu eröffnen. Die zum Verein gehörigen Brauereien leisten für diesen Betrag gemein-

sam Bürgschaft, während eine Beschlussfassung über die Höhe der den einzelnen Brauereien zu gewährenden Kreditsumme vorbehalten bleibt. Zu diesem Zweck ist mit der Dresdener Bank ein Vertrag auf die Dauer von drei Jahren vereinbart worden. — Natürlich machen auch die Sozialdemokraten ernste Anstrengungen, den sehr erlahmenden Eifer der Genossen wieder anzufachen. So lassen sie jetzt Flugblätter verteilen, in denen es heißt: „Arbeiter! Genossen! Das Weihnachtsfest, das Fest der Liebe, des Friedens, wie es von unserer Bourgeoisie heuchlerisch genannt wird, steht vor der Thür. Für Euch, als auch für die Opfer des 16. Mai giebt es keinen Frieden. Der Brauererring will den Krieg... Arbeiter! Parteigenossen! Bis jetzt ist die Absicht des Brauerings nicht in Erfüllung gegangen! Die Opfer jenes Willküraktes vom 16. Mai sind nicht im Glend untergegangen. Die Solidarität der Arbeiter für sie vor dem Aergern behütet. Noch sind 263 Arbeiter mit über 300 Kindern zu unterstützen.“ So das Flugblatt, das, wie gewöhnlich, in vielen Tausenden Exemplaren verbreitet wird. Bisher hat den Sozialdemokraten kein größerer Saal zur Verfügung gestanden. Das scheint jetzt anders zu werden. In der Koppenstraße ist ein großer Saal, der angeblich fünf-tausend Personen fassen soll, erbaut und den Sozialdemokraten eingeräumt worden. Helfen wird ihnen das auch nicht viel.

Verschunden ist seit dem 14. d. M. aus Berlin der „Bankier“ August Alexander unter Hinterlassung zahlreicher „Leidtragenden“. Alexander, der englischer Unterthan ist, war im September d. J. aus London nach Berlin gekommen und hat in der Kaiser Wilhelmstraße 4 ein Geschäft eingerichtet und in der Weise betrieben, daß er durch Zeitungsinserate Kunden suchte. In den von ihm versendeten Prospekten verlangte er Einlagen von mindestens 50 Mark. Mit der Gesamtheit der gezahlten Gelder wollte er an der Börse spekulieren und einen beträchtlichen Gewinnanteil an seine Kunden abführen. Es ist ihm gelungen, ungefähr 140 Personen mit Einlagen von insgesamt 25,000 Mark zu erhalten. Mit diesem Gelde hat er an der Londoner Börse in amerikanischen Eisenbahnaktien spekuliert und zwar im Anfange angeblich mit günstigem Erfolge. Seine Kunden haben nämlich in den Monaten Oktober und November bei einer Einlage von 100 M. 9—10 Mark Gewinnanteil ausgezahlt erhalten. Nachdem er nun am 14. d. M. einen Kassenbestand in Höhe von 2300 an sich genommen und sein Guthaben bei der Darmstädter Bank im Betrage von 14,000 Mark abgehoben hatte, ist er unsichtbar geworden.

Entlassung der verhafteten gewesener Oberfeuerwerker Schaler. Dem „Generalanz.“ wird aus Ragdeburg gemeldet, daß gestern 120 Mann von den verhafteten Oberfeuerwerkerschülern zu ihren Regimentern entlassen worden sind; heute sollen weitere 15 Mann entlassen werden. Die über die Feuerwerker verhängten Strafen dürften bei den betreffenden Regimentern verbüßt werden.

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Bekere ist in Begleitung des Handelsministers v. Lukas zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Wien eingetroffen. Die offiziöse „Budapester Correspondenz“ bestreitet indessen entschieden, daß die an diese Reise vielfach geknüpften Vermuthungen in Betreff einer bevorstehenden neuen ungarischen Cabinetsordre irgendwie zuträfen. Vielmehr erklärte das Bester Regierungsblatt, die beiden ungarischen Minister seien nach Wien gereist, um mit dem Finanzminister Dr. v. Plener und dem Handelsminister Graf Wurmbrandt über die Frage der Verstaatlichung der Südbahn zu konferieren. Es ist indessen sehr wahrscheinlich, daß Herr Bekere seinen jüngsten Aufenthalt in der österreichischen Hauptstadt nicht nur dieser für Oesterreich und Ungarn gemeinsamen wirthschafts- und finanzpolitischen Angelegenheit widmen, sondern